

SoVD sieht entgegen der Prognosen in den kommenden Jahren weitere Nullrunden

„Die neue Bundesregierung malt die Zukunft für Rentner rosarot“

Der Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung macht wenig Mut. Er beruht auf sehr langfristigen Annahmen, die von einer ganzen Reihe von Faktoren abhängig sind. Das machte der SoVD in einer entsprechenden Presseerklärung deutlich.

Deshalb muss der Bericht nach Auffassung von SoVD-Präsident Adolf Bauer mit Vorsicht genossen werden. Mittelfristige Einschätzungen böten eine bessere Prognose, so Bauer: „Sie zeigen, dass die Rentner nach den Jahren 2004 bis 2006 auch in den kommenden Jahren mit Nullrunden zu rechnen haben.“

Zudem werden Rentnerinnen und Rentner seit Jahren durch höhere Zahlungen im Gesundheitsbereich belastet. Auch dieser Aderlass werde in den kommenden Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter zunehmen, befürchtet Adolf Bauer.

Rentenkürzungen von insgesamt vier Prozent müssten ab 2011 nachgeholt werden, weil diverse Sicherungsklauseln jetzt Rentenleistungen verhindern, sagte Bauer zudem der Nordwest-Zeitung. Es sei nicht zu erwarten, dass die Altersbezüge bis



Foto: Evelyn Kobben/fotolia

Der Weg für Rentnerinnen und Rentner ist längst nicht so rosig, wie ihn die Bundesregierung zeichnet.

2023 durchschnittlich um gut 1,6 Prozent jährlich steigen würde, wie von der Bundesregierung prognostiziert. Dies bedeute als Folgen für die Rentner weitere Kaufkraftverluste und ansteigende Altersarmut. „Vor diesem Hintergrund muss die Bundesregierung endlich aktiv werden und Maßnahmen gegen diese Entwicklung ergreifen. Es reicht nicht aus, dass sie die Situation rosiger malt, als sie ist“, stellt der SoVD-Präsident fest.

Der SoVD fordert die Bundesregierung dazu auf, die Rentenschutzklausel zu erhalten und die Rentenkürzungen, die in den vergangenen Jahren ausgesetzt worden sind, nicht nachzuholen. Langfristig müssen die Rentenkürzungsfaktoren in der Anpassungsformel abgeschafft werden. Zudem fordert der SoVD, die Anpassungsformel um eine Inflationsschutzklausel zu ergänzen.

Zurückhaltende Prognosen für das kommende Jahr

Vorerst noch keine Zusatzbeiträge bei den meisten Krankenkassen

Die meisten gesetzlichen Krankenkassen wollen ohne Zusatzbeiträge für ihre Versicherten ins neue Jahr starten. Allerdings äußern sie sich zurückhaltend über Prognosen für das Gesamtjahr, berichtete unter anderem der Kölner Stadt-Anzeiger unter Berufung auf eine eigene Umfrage.

Demnach schließen zum Beispiel die Deutsche Angestellten-Krankenkasse (DAK) und Techniker Krankenkasse, die Barmer/Gmün-

der Ersatzkasse sowie die AOK Rheinland/Hamburg und Sachsen-Anhalt eine Mehrbelastung für ihre Versicherten zum Jahresanfang aus.

Dies gelte auch für die meisten der 140 Betriebskrankenkassen.

„Wir werden, so lange es geht, auf Zusatzbeiträge verzichten“, sagte der Vorstandsvorsitzende der AOK Rheinland/Hamburg, Wilfried Jacobs, der Zeitung.

Unterdessen haben im vergangenen Monat

die beiden Verwaltungsratschefs der Barmer und der Gmünder Ersatzkasse die bislang größte Krankenkassenfusion abgeschlossen.

Mit 8,6 Millionen Versicherten und einem Marktanteil von 12 bis 13 Prozent ist die neue Barmer GEK ab 2010 Branchenführer. Sie lässt damit auch die Techniker Krankenkasse hinter sich, die auf insgesamt 7,3 Versicherte kommt.

Anders als andere große Krankenkassen, die sich mit Wortmeldungen eher zurückhalten, verurteilte Barmer-Vorstandschef Johannes Vöcking in einem Interview die Pläne der neuen Bundesregierung zum Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge als „unerträglichen Lohnnebenkosten-Fetischismus, der Privatisierung fördert und den sozialen Frieden aushöhlt“.



Foto: BK / fotolia

Ohne Zusatzbeiträge für ihre Versicherten wollen die meisten gesetzlichen Krankenkassen ins neue Jahr starten – danach sind die Prognosen ungewiss.

Immer mehr Menschen sind auf Grundsicherung angewiesen

In Deutschland sind so viele Bürger wie nie zuvor auf staatliche Grundsicherung angewiesen. Laut Statistischem Bundesamt bezogen Ende 2008 rund 768 000 Menschen entsprechende Leistungen – 4,7 Prozent mehr als 2007. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine Sozialleistung, die seit 2003 den grundlegenden Bedarf für den

Lebensunterhalt sicherstellt.

Angesichts der aktuellen Zahlen sprach der Deutsche Städte- und Gemeindenbund von einer finanziellen Überforderung. Die Ausgaben von Kommunen und den überörtlichen Trägern beliefen sich auf rund 3,8 Milliarden Euro (brutto). Damit haben sich die Netto-Ausgaben für die Grundsicherung seit 2003 fast verdreifacht: Damals betragen sie

1,3 Milliarden Euro.

Ende 2008 waren etwa 358 000 Empfänger von Grundsicherung (47 Prozent) dauerhaft voll erwerbsgemindert. Rund 410 000 Empfänger waren 65 Jahre und älter. Am häufigsten auf diese Leistung angewiesen waren die Bürger in Bremen, Berlin und Hamburg. Am seltensten waren es Menschen aus Sachsen und Thüringen. *dpa*



Foto: Schlemmer

SoVD-Präsident Adolf Bauer (rechts) und der Bundesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Sommer, vereinbarten bei ihrem Gespräch unter anderem eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit, um sozialpolitischen Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig entgegenwirken zu können.

Wenig Zustimmung zum Koalitionsvertrag

Spitzengespräch mit dem DGB

SoVD-Präsident Adolf Bauer führte am 3. November ein Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Sommer.

Präsident Bauer und Michael Sommer erörterten aktuelle Fragen der Sozialpolitik und insbesondere die Inhalte des Koalitionsvertrages der neuen Bundesregierung. Die Vorsitzenden stellten gemeinsam fest, dass dem Koalitionsvertrag in wesentlichen Bereichen nicht zugestimmt werden kann. So nähmen beide Organisationen nicht hin, dass – spätestens nach 2010 – in der gesetzlichen Krankenversicherung einkommensunabhängige Zusatzbeiträge für die Versicherten und in der Pflegeversicherung eine obligatorische individuelle private Zusatzversicherung eingeführt werden sollen. Ebenso bestand Einigkeit, dass auf einen gesetzlichen Mindestlohn nicht verzichtet werden kann, den die Koalition jedoch ablehnt.

Präsident Bauer und Michael Sommer vereinbarten eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit, um sozialpolitischen Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig entgegenwirken zu können. Weiterhin wurde verabredet, dass es ein Gespräch der unabhängigen Sozialverbände und des DGB geben solle, in dem über die aktuellen Gefährdungen des Sozialstaates gesprochen werden solle.

Kinderrechte immer noch nicht im Grundgesetz

20-jähriges Jubiläum der UN-Kinderrechtskonvention

„Gebt den Kindern das Kommando!“ forderte Musiker Herbert Grönemeyer in seinem 1986 veröffentlichten Lied „Kinder an die Macht“. Heute, mehr als zwei Jahrzehnte später, feiert die UN-Kinderrechtskonvention, die fast alle Staaten der Erde unterzeichneten, ihr 20-jähriges Bestehen. Zum Jubiläum warnten Sozialverbände vor einer wachsenden Schere zwischen armen und reichen Kindern in Deutschland. Familien, die auf Leistungen wie Hartz IV angewiesen seien, hätten auch von den zum Jahreswechsel angekündigten finanziellen Entlastungen wenig. Laut kürzlich veröffentlichter OECD-Studie (wir berichteten) lebt jedes sechste Kind in relativer Armut.

Auch sind die Rechte von Kindern immer noch nicht im deutschen Grundgesetz verankert, wie es unter anderem der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB) fordert. Dabei handele es sich keineswegs um „Symbolpolitik“, betont DKSB-Präsident Heinz Hilgers. Nach einer Aufnahme ins Grundgesetz erwarte der DKSB weitere Gesetze zur Stärkung der Kinderrechte. Auch hätten Richter anders abzuwägen, wenn die Kinderrechte im Grundgesetz stünden. Zu den grundlegenden Kinderrechten gehören unter anderem das Recht auf Schutz vor Ausbeutung, das Recht auf Ernährung sowie das Recht auf Schutz vor körperlicher, seelischer oder sexueller Gewalt.



Foto: Jüttner-Lohman / fotolia

Auch das Recht auf Bildung gehört zu den grundlegenden Kinderrechten, die nicht im deutschen Grundgesetz verankert sind.